

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil II: Wirtschaft

Christoph Noebel

4.10 Humanes Wirtschaften: Theorie und Praxis

4.10.2 Ökonomische Sozialethik: Markt und Gerechtigkeit

In unserer Übersicht der Wirtschaftsethik wurden Modelle der Individual- und Institutionsethik beschrieben. Nun wenden wir uns der übergeordneten Makroebene zu und werfen die Frage auf, ob und wie sich das gesamte System der freien Marktwirtschaft aus moralischer Sicht beurteilen lässt. Mit dem Konzept der *Systemverantwortung* wurde bereits darauf verwiesen, dass soziale Systeme auf menschengemachten Regelwerken, Handlungskriterien und Normen basieren, die sich in der Gestaltung des *Systemdesigns* manifestieren [K2.2.6]. Wenn wir uns also mit den moralischen Eigenschaften eines sozialen Systems beschäftigen, spielt nicht nur die Verortung der Moral eine Rolle [K4.10.1], sondern auch die Ausrichtung auf das normative Konzept des *Gemeinwohls* [K3.9].

In der Begriffsanalyse des Kapitalismus wurde auf einige Marktsegmente hingewiesen, die aus ethischer Sicht zu verurteilen sind [K4.8]. In der vorindustriellen Zeit zählten dazu Sklaverei und Ablasshandel, während sich heute kriminelle Geschäfte meist auf Betrugereien sowie den illegalen Drogen- und Waffenhandel beziehen. Außerdem benennt die Historikerin Ute Frevert (2019) Nischenmärkte wie Partnerbörsen, Samenbanken und Prostitution, die dem Kapitalismus zuzuordnen und trotz Rechtmäßigkeit moralisch zu kritisieren seien. Obwohl vereinzelte Marktsektoren durchaus ethische Fragen aufwerfen, werden wir auf sie nicht näher eingehen. Uns beschäftigt im Folgenden die allgemeine Frage nach der Moral und Menschlichkeit des Systems der freien Marktwirtschaft als Ganzes.

Folgen wir dem Gedanken, der gesellschaftliche Sinn moralischer Orientierung liege darin, dem Gemeinwohl zu dienen und ein *gutes Leben* für alle Menschen anzustreben, lässt sich die Bestimmung einer *Moral des Marktes* vereinfacht als gesellschaftliche Zielsetzung formulieren, durch das Wirtschaftssystem *allen* Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Um die freie Marktwirtschaft aus dieser normativen Sicht einordnen zu können, muss zuerst geklärt werden, was unter einem menschengerechten Leben zu verstehen ist? Hierzu bietet sich als Ausgangspunkt die moderne Glücksforschung an [K3.1]. Trotz ihrer methodischen Schwierigkeiten ermöglicht sie uns, eine Rangordnung der Motive für die allgemeine Zufriedenheit und Lebensqualität einer Gesellschaft zu bestimmen. Diesem Ansatz zufolge beruht die Verwirklichung eines *guten Lebens* erst-rangig auf der Sicherung existentieller *Bedürfnisse*, zu denen physischer Schutz, Nahrung und Wohnraum zählen. Darauf folgt die Wertschätzung immaterieller Güter, insbesondere die Gewährleistung persönlicher Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit sowie der Wahrung sozialer Zugehörigkeit. Hoher Wohlstand gehört zweifellos zu einem besseren Leben, er trägt jedoch je nach kulturellem Wertekodex über einem gewissen Sättigungsgrad meist nur geringfügig zur dauerhaften Zufriedenheit der Menschen bei.

Da die materielle Absicherung eine Mindestvoraussetzung für die Gestaltung einer menschenwürdigen Gesellschaft darstellt, benötigen wir einen Ansatz, um die Effektivität des freien Marktsystems als moralische Instanz zur Förderung des Gemeinwohls zu prüfen. Im Folgenden werden wir das entsprechende Konzept als *ökonomische Sozial-*

ethik bezeichnen. Darin geht es um Fragen, die das Thema der Moralität des Marktsystems auf direkte Weise ansprechen: Inwieweit schützt die freie Marktwirtschaft die Würde und das Wohlbefinden der Menschen? Verfügt sie über die Fähigkeit, Armut zu vermeiden und für ein ausreichendes Maß an Grundsicherung und Lebensqualität in der Gesellschaft zu sorgen? Löst sie das Versprechen eines Wohlstands für alle ein und sorgt für soziale Gerechtigkeit? Inwiefern wird sie dem Motiv der individuellen Freiheit gerecht? Wie ist mit dem Aspekt individueller Leistung umzugehen? Dient sie dem Zusammenhalt der Gesellschaft?

Zu Beginn der folgenden Analyse lässt sich bereits ein Sachverhalt vorwegnehmen: Unter den modernen Bedingungen der Industrialisierung und Globalisierung kann das freie Marktsystem alleine die Grundsicherung der Menschen *nicht* gewährleisten. Während vor der Industrialisierung eine begrenzte Arbeitsteilung stattfand, die Arbeitslosigkeit generell niedrig ausfiel und die meisten Menschen ihre materiellen Grundbedürfnisse lokal erwirtschaften konnten, trifft dieser Zustand auf die globale und hoch spezialisierte Wirtschaftswelt von heute nicht mehr zu. Allein die beträchtliche Zahl der Langzeitarbeitslosen sorgt dafür, dass heutzutage viele Menschen auf finanzielle Unterstützung über die staatliche *Sozialpolitik* angewiesen sind. Das moderne Marktsystem kann daher in seiner puren Form den moralischen Grundgedanken, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, nicht erfüllen.

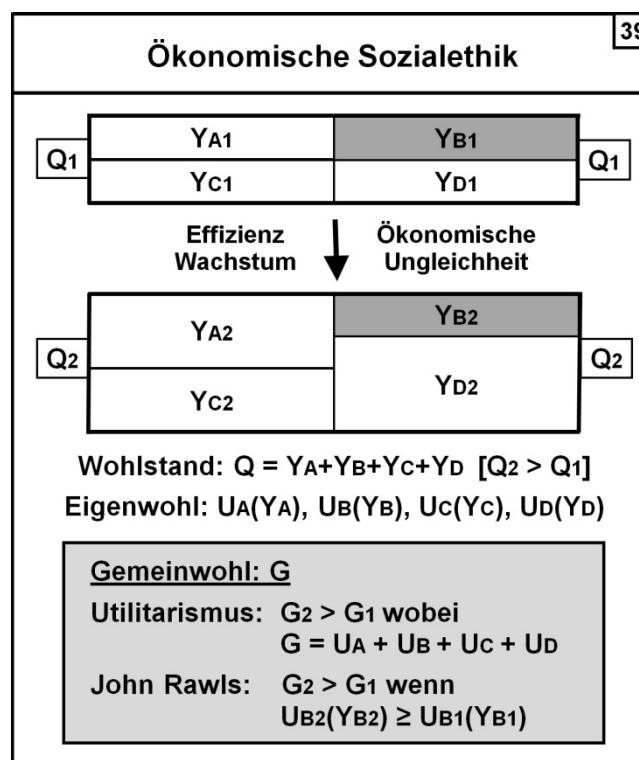
Um das System der freien Marktwirtschaft aus ethischer Sicht dennoch einordnen und bewerten zu können, ist es hilfreich, sich des Vergleichs mit einem alternativen Wirtschaftssystem zu bedienen. Folglich nehmen wir eine sozialistisch geprägte Wirtschaftsform als Ausgangspunkt, um in der Gegenüberstellung besondere Eigenschaften der freien Marktwirtschaft erkennen zu können. Dieser Vergleich ist nicht abwegig, denn die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten 1989 ermöglichte eine normative Beurteilung des damaligen Wandels von einer sozial-egalitären Planwirtschaft hin zur freien Marktwirtschaft. Da sich unsere Analyse mit Wirtschaftsthemen beschäftigt, bezieht sich der Vergleich zunächst primär auf Fragen materieller Wertschöpfung und deren Verteilung. Diese Vereinfachung ist dem Motiv geschuldet, den systeminhärenten Konflikt beider Wirtschaftssysteme zwischen ökonomischer Gleichheit und Wohlstand aufzuzeigen. Der unterschiedliche Aufbau beider Systeme ist daher nicht nur aus gesellschaftspolitischen Gründen von Interesse, sondern auch weil er unter dem Begriff *sozialer Gerechtigkeit* auf verschiedene Ethikmodelle hinweist.

Obwohl im Vergleich zur Marktwirtschaft die Planwirtschaft des realen Sozialismus in der DDR nicht überlebte, war sie zumindest solange sie anhielt in der Lage, jedem arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit zu bieten, seinen eigenen Unterhalt zu verdienen. Da die Ausübung einer Erwerbsarbeit und die damit verbundene Selbstbestimmung ein Menschenrecht darstellt, war das damalige Argument linker Intellektueller, die Planwirtschaft sei der kapitalistischen Marktwirtschaft moralisch überlegen, nicht gänzlich falsch. Die Schwächen der staatlichen Planwirtschaft manifestierten sich in anderen Bereichen. Sie schlugen sich weitgehend in einer ineffizienten Nutzung knapper Ressourcen, fehlender Flexibilität, Dynamik und Überlebensfähigkeit nieder.

Dagegen punktet das Marktsystem zwar mit Innovationskraft, Anpassungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit, es leidet jedoch nicht nur unter den genannten Fällen des *Marktversagens* [K4.6], sondern auch unter dem Problem der *Verteilungsungerechtigkeit*, das Gewinner und Verlierer hervorbringt. Zu den Gewinnern des liberalen Marktsystems gehören zunächst die Menschen in sicheren und ausreichend bezahlten Arbeitsverhältnissen. Der durch Wettbewerb erzeugte Druck auf Löhne im Niedriglohnsektor und der entsprechende Sachverhalt prekärer Lebensbedingungen stellt jedoch die moralische Überlegenheit des Marktsystems in Frage. Außer den Gutverdienern zählen vor allem

die Verbraucher zu den Gewinnern, da der Wettbewerb niedrige Marktpreise gewährleistet, die allen Konsumenten zugutekommen. Der deutliche Gewinn für die Verbraucher ist nach Ansicht des Wirtschaftsethikers Christoph Lütge (2014) ausschließlich auf das System des Wettbewerbs in der freien Marktwirtschaft zurückzuführen. Folglich führt er das Konzept der *Wettbewerbsethik* an, um diesen Vorteil des freien Marktsystems moralisch zu rechtfertigen.

Wie bereits argumentiert, lässt sich das Konzept des Wettbewerbs auf unterschiedliche Weise bewerten. Abgesehen von den Problemen des Marktversagens, die dem Wettbewerb zuzuschreiben sind, beruht Wettbewerb zwangsläufig auf dem persönlichen Vergleich. Wie Søren Kierkegaard warnte, geht die Konkurrenz mit Unzufriedenheit einher und schürt die Verhaltensmuster des Neids, der Gier und Intoleranz. Andererseits ist der Wettbewerb eng mit dem Anspruch individueller Leistung verbunden. Im Kontext der Erwerbsarbeit haben wir jedoch gezeigt, dass sich die Begriffsbestimmung der Leistung äußerst schwierig gestaltet und die imperfekten Kräfteverhältnisse der Arbeitsmärkte dazu beitragen, für Ungerechtigkeiten in der Lohnbestimmung zu sorgen [K4.6.7]. Folglich birgt das *Leistungsprinzip* nicht nur Vorteile, sondern kann auch als Rechtfertigung für ökonomische Ungleichheit herangezogen werden. Der Gedanke einer Wettbewerbsethik stellt daher ein kontroverses Konzept dar, über das kritisch diskutiert werden muss.



Um den Unterschied zwischen beiden Wirtschaftssystemen formell beschreiben und analysieren zu können, bedienen wir uns im Folgenden eines abstrakten Gedankenexperiments. Zur Vereinfachung gehen wir von einer Gesellschaft aus, die vier Personen enthält. Wie im Diagramm 39 dargestellt, zeichne sich eine sozialistisch-egalitäre Wirtschaftsform dadurch aus, dass die jeweiligen Einkommen (Y_1) gleich verteilt sind und deren Summe den allgemeinen Wohlstandswert des Bruttoinlandsprodukts (Q_1) bestimmt. Das System der freien Marktwirtschaft verbrieft dagegen ein höheres Maß an Eigenverantwortung, Innovation und Flexibilität. Daraus ergibt sich im Vergleich ein höherer Wohlstand (Q_2), der jedoch mit einem höheren Grad an ökonomischer Ungleichheit verbunden ist. Im Gegensatz zum egalitären Wirtschaftssystem fallen somit

die Einkommen der Personen im freien Marktsystem unterschiedlich hoch aus. Nun stellt sich die Frage, wie die andersgearteten Merkmale des sozialistischen Wirtschaftsmodells (1) und der liberalen Marktwirtschaft (2) normativ zu bewerten sind.

Wie in unserer Analyse der Wohlfahrtsökonomie aufgezeigt [K3.6.3], verschafft das Bruttoinlandprodukt *keine* zufriedenstellende Maßeinheit des Gemeinwohls. Die Tatsache, dass die freie Marktwirtschaft mit $Q_2 > Q_1$ für mehr Wirtschaftswachstum sorgt als die Planwirtschaft, besagt daher relativ wenig über das daraus abgeleitete Wohl der Gesellschaft (G). Ein besseres Verfahren bieten die Eigenwohlwerte der Menschen $U(Y)$, die als Summe einer aussagekräftigeren Maßeinheit für allgemeine Zufriedenheit in der Gesellschaft entspricht. Dieser Ansatz stimmt mit dem Prinzip des *Utilitarismus* überein, der auf einer einfachen Aggregation der Zufriedenheitswerte beruht und besagt, dass je höher der Wert (G) ausfällt, desto zufriedener ist die Gesellschaft. Wie im Diagramm 39 dargestellt, ergibt der utilitaristische Ansatz eine normative Überlegenheit der freien Marktwirtschaft, solange mit $G_2 > G_1$ der Gemeinwohlwert das entsprechende Wertmaß des sozialistischen Systems übertrifft.

Obwohl die Bemessungsgrundlage des Utilitarismus einen Einblick in die allgemeine Zufriedenheit der Gesellschaft verschafft, leidet diese Methode ähnlich wie das Bruttoinlandprodukt unter dem Problem der *Verteilungsgerechtigkeit*. Es ignoriert die Tatsache, dass die liberale Marktwirtschaft Gewinner und Verlierer hervorbringt. Das Aggregat des Gemeinwohls (G) besagt daher nichts darüber, wie die einzelnen Eigenwohlwerte verteilt sind.

In diesem Zusammenhang sei auf das Konzept der *Bedürfnisgerechtigkeit* hingewiesen. Während sich das sozialistisch-egalitäre Modell an der materiellen Bedürftigkeit und Existenzsicherheit der Menschen ausrichtet, bezieht sich das System der reinen Marktwirtschaft auf das Konzept der *Leistungsgerechtigkeit*. Dieses besagt, dass derjenige, der mehr zur Größe des erwirtschafteten Kuchens (Q_2) beiträgt, auch davon ein größeres Stück erhält. Dieses Narrativ beruht jedoch auf der unrealistischen Annahme, den gesellschaftlichen Wert von Arbeitsleistung und dessen Beitrag zum Gemeinwohl bestimmen zu können. Trägt die Leistung eines Profifußballers oder Wertpapierhändlers tatsächlich mehr zum Gemeinwohl (G) bei als ein Postbote oder Krankenpfleger? Generell muss das Leistungsprinzip hinsichtlich des Aspekts der ökonomischen Ungleichheit hinterfragt werden. Darüber hinaus argumentiert der amerikanische Philosoph Michael J. Sandel (2020), dass die Verteilungsgerechtigkeit mit einem Verlust an Respekt und Identität der Verlierer einhergeht. Das Leistungsprinzip verursacht demzufolge nicht nur eine materielle Fehlverteilung, sondern durch Demütigung, Entfremdung und Vertrauensverlust auch einen immateriellen Schaden in der Gesellschaft. Obwohl aus dem utilitaristischen Vergleich beider Wirtschaftssysteme die freie Marktwirtschaft als Sieger hervorgeht, lässt sie sich nicht eindeutig als moralischen Sieger bezeichnen.

Bevor wir auf die Korrekturen des liberalen Marktsystems durch politische Maßnahmen eingehen, stellen wir zuerst eine alternative Bewertungsmethode zum Utilitarismus vor. Es handelt sich um den Ansatz des amerikanischen Philosophen John Rawls (1971), der ursprünglich ein vergleichendes Gedankenspiel entwickelte. Unter dem Konzept eines *Schleiers des Nichtwissens* geht er von einem egalitären *Urzustand* aus, in dem alle Menschen gleich sind und über ein allgemeines Gerechtigkeitsprinzip zu entscheiden haben, nicht wissend was die Zukunft bringt. Unter dieser Bedingung, argumentiert er, würde das Verteilungsprinzip eines Wirtschaftssystems gewählt, das die ärmste Person nicht schlechter stellt als im Urzustand. In übertragenem Sinn sei die freie Marktwirtschaft nur dann gerecht, wenn dessen Verlierer keine Nachteile im Vergleich zur Position vollkommener Verteilungsgerechtigkeit erleben. Auch Rawls bediente sich des Konzepts des Gemeinwohls (G) als Summe der Eigenwohlwerte, wendete sich jedoch vom

Utilitarismus ab, indem dessen Maßeinheit als Gerechtigkeitsprinzip mit seinem sogenannten *Maximin-Prinzip* ersetzt. Im Diagramm 39 trifft dieses Prinzip auf Person B zu, deren Einkommen sich in beiden Szenarien nicht unterscheidet. Nur unter der Voraussetzung, dass mit dem niedrigsten Einkommen und $UB_2 \geq UB_1$ Person B entweder unverändert oder besser gestellt ist, verschafft Rawls normatives Gerechtigkeitsprinzip eine alternative Bewertungsgrundlage der freien Marktwirtschaft. Der Vorteil dieses Bewertungskriteriums ergibt sich zunächst daraus, dass Rawls das Leistungsprinzip nicht ablehnt, gleichzeitig jedoch eine Bedürfniskomponente einfügt, um das Wirtschaftssystem gerechter zu gestalten. Der Nachteil seiner Abhandlung liegt darin, dass es sich um ein theoretisches Gedankenspiel handelt und ein realer Vergleich der ärmsten Person in beiden Szenarien schwer herzustellen ist. Außerdem bezieht sich sein Konzept primär auf die Aspekte der ökonomischen Verteilung und Freiheit. Dadurch vernachlässigt er die immateriellen Faktoren der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts, die für Michael J. Sandel bedeutsam sind und in unserem Modell des Gemeinwohls (G) explizit berücksichtigt werden [K3.9].

Nachdem wir das freie Marktsystem anhand einer abstrakten Vergleichsmethode auf seine Gerechtigkeitsmerkmale hin eingeordnet haben, stellt sich die Frage, wie mit dessen Mängeln umzugehen ist. Wie ist es möglich, auf die Kritik geringerer Bedürfnisgerechtigkeit einzugehen? Da die liberale Marktwirtschaft in der Lage ist, materielle Überschüsse zu erwirtschaften, ergibt sich daraus folgendes Lösungspotential: Obwohl das liberale Marktsystem die Grundsicherung für alle Menschen aus eigener Kraft nicht gewährleisten kann, lässt sich die Produktion des privaten Unternehmertums trotzdem als positiven Beitrag zum Gemeinwohl bezeichnen. Dieses Urteil beruht auf dem Argument, dass die Privatwirtschaft im Zuge der materiellen Wertschöpfung dem Staat die finanzielle Grundlage bietet, um über die Zahlung von Sozialleistungen und Arbeitsmarktregulierung das Grundproblem ökonomischer Ungleichheit zu verringern. Durch die entsprechenden Korrekturen, etwa mit Hilfe des Mindestlohns und der Umverteilung durch Transferleistungen, soll den Verlierern des Systems die Möglichkeit geschaffen werden, mehr am erwirtschafteten Wohlstand teilzuhaben. Obwohl der Gestaltungs- und Verteilungsmechanismus sozialpolitischer Maßnahmen auf Grund kultureller und ökonomischer Gegebenheiten unterschiedlich ausfallen mag, findet er international unter dem Begriff des *Sozial- oder Wohlfahrtstaates* Anwendung. Folglich wird beispielsweise in den USA oder Indien Sozialpolitik betrieben, sie nimmt jedoch einen geringeren Stellenwert als in Deutschland oder Frankreich ein.

Obwohl Rawls' Bewertungsgrundlage ein theoretisches Konstrukt darstellt, bietet es einen interessanten Ansatzpunkt, wie eine *minimale Bedingung* für die wirtschaftspolitische Handhabung ökonomischer Ungleichheit aussehen könnte. Wenn Politiker und Kommentatoren staatliche Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit fordern, ist dies zunächst berechtigt. Gleichzeitig werfen Forderungen nach mehr Umverteilung Fragen der Wirtschaftsleistung und Effizienz auf, denn nur sie bestimmen die Größe des zu verteilenden Wirtschaftskuchens. Der Politik stellt sich somit die Frage, wie viel *Handlungsspielraum* ihr für sozialpolitische Maßnahmen materieller Umverteilung zur Verfügung steht, ohne den gesamten Verteilungskuchen zu verkleinern. Bei einem übermäßig reduzierten Kuchen bleiben für alle kleinere Stücke zur Verteilung übrig.

Darüber hinaus entspricht Rawls' Gerechtigkeitsgrundlage einer *Prioritätensetzung*, sich in erster Linie den bedürftigsten Menschen der Gesellschaft zuzuwenden. Bevor der Staat begrenzte Finanzmittel an Begünstigte ausgibt, gilt es zuerst den Mittellosen zu helfen. Sie haben die materielle Unterstützung durch soziale Zuschüsse und Regulierungsmaßnahmen im Arbeitsmarkt am notwendigsten. Da die politische Prioritätensetzung oft unzureichend ausfällt, schafft sie einen Tatbestand, der langfristig zu Vertrau-

ensverlusten in das Markt- und Staatssystem führen kann. Wie der Ökonom Anthony B. Atkinson (2015) argumentiert, bedarf es eines vernünftigen Dialogs über den Konflikt zwischen Effizienz oder Wirtschaftsleistung einerseits und sozialer Gerechtigkeit andererseits. Konstruktive Debatten können daher nur auf der Basis geführt werden, wenn beide Aspekte der materiellen Wertschöpfung und Umverteilung an die bedürftigsten Gesellschaftsschichten als zwei Seiten einer Medaille gehandhabt und austariert werden.

Neben den genannten Gerechtigkeitskonzepten wird die *persönliche Freiheit* als moralisches Merkmal der freien Marktwirtschaft genannt. Daher zählt der Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman (1962) mit seinem Plädoyer für die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu den bekanntesten Verfechtern eines extremen Marktliberalismus und zu den Gegnern eines ausgeprägten Sozialstaates. Im Vergleich zur Planwirtschaft genießen Produzenten und Konsumenten im liberalen Marktsystem deutlich mehr Freiheiten, dagegen jedoch nicht die erwerbslosen und bedürftigen Menschen. Der amerikanische Traum vom Aufstieg des Tellerwäschers zum Millionär bleibt somit ein Mythos, denn wer unverschuldet arbeitslos und arm ist, lebt nicht als freier Mensch. Hier verknüpfen sich die Probleme sozialer Ungerechtigkeit mit den Grenzen der persönlichen Freiheit [K3.3.2]. Daher argumentiert der Ökonom Amartya K. Sen (1999), dass sich die systemischen Mängel der liberalen Marktwirtschaft nur durch eine staatlich geförderte Steigerung individueller *Verwirklichungschancen* aufheben lassen. Es bedarf einer steten Erweiterung der Chancengleichheit und *Befähigung* der Menschen durch den uneingeschränkten Zugang zu einem Gesundheitswesen und zu Bildung. In einer zivilisierten Gesellschaft seien nur auf diese Weise die Zielsetzungen der sozialen Gerechtigkeit, Teilhabe und persönlichen Freiheit zu realisieren. Obwohl Sen dem Staat die Verantwortung zuordnet, heranwachsenden Menschen die notwendigen Startbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten, fordert er im Gegenzug, dass unter den geschaffenen Voraussetzungen Menschen auch ihre individuellen Freiheiten nutzen sollten, um Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

Die freie Marktwirtschaft der Industrieländer mag zwar längst nicht allen Bürgern einen akzeptablen Wohlstand gewährleisten, für die Mehrheit trifft dieser Zustand jedoch zu. Nicht nur weckt stetes Wirtschaftswachstum materielle Begehlichkeiten, sondern verstärkt auch das Streben nach mehr Freiheit. Es dient somit als Triebfeder für den gesellschaftlichen Prozess der Individualisierung, der neben den offensichtlichen Vorteilen der Emanzipation und Selbstbestimmung auch Nachteile in Form von Vereinsamung, Depression und fehlender Zugehörigkeit mit sich bringt. Von Systemgegnern wird dieser negative Aspekt weitgehend dem Kapitalismus zugeschrieben. Eine wahrscheinlichere Erklärung der zunehmenden Individualisierung liegt dagegen im ansteigenden Wohlstand, der trotz ungerechter Verteilung den meisten Menschen mehr Handlungsfreiheiten gewährt. Schließlich hat sich seit 1949 das deutsche Wirtschaftssystem der freien Marktwirtschaft im Grundsatz kaum verändert, der Wohlstand und die Emanzipation der Bürger dagegen deutlich. Hinsichtlich der hohen Vermögensungerechtigkeit muss das positive Urteil natürlich relativiert werden und verweist neben der Sozialpolitik auf Handlungsbedarf in der Gestaltung einer gerechteren Steuerpolitik [K5.8].

Im Zusammenhang mit Fragen der ökonomischen Sozialethik darf das Thema der *Generationengerechtigkeit* nicht unerwähnt bleiben, zumal es bereits als Teilbereich des Konzepts der *sozialen Gerechtigkeit* definiert wurde [K3.4.3]. Im Kontext einer gerechten Güterverteilung ist dieses Konzept insofern von Brisanz, als besonders die Probleme der externen Effekte [K4.6.9] und sozialen Dilemmas [K4.6.10] dazu beitragen, die Effektivität und Moral des Marktwirtschaftssystems infrage zu stellen. Neben dem Aspekt ökonomischer Ungleichheit, verursachen sämtliche Wirtschaftssysteme Umweltschäden und schüren den Klimawandel, der zukünftige Generationen belasten wird. Die freie

Marktwirtschaft stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar und weist somit ein deutliches Moralproblem auf. Da nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft dazu neigt, sich auf kurzfristige Planungshorizonte zu beziehen, trägt sie systembedingt zu Formen der Generationenungerechtigkeit bei.

Dennoch dürfen die positiven Kräfte der liberalen Marktwirtschaft im Vergleich zu staatsgelenkten Wirtschaftsformen nicht ignoriert werden. Das freie Marktsystem mag für die Probleme der Umweltschäden und des Klimawandels mitverantwortlich sein, zukunftsblickend lautet jedoch die kritische Frage, ob dessen Vorteile der Innovationskraft, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nicht umgekehrt auch konstruktiv dazu beitragen können, die schlimmsten Folgen der Erderwärmung zu verhindern. Wird sich Vernunft in politischem, wirtschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Verhalten durchsetzen, um die existenziellen Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen? Im Sprachgebrauch heißt es, Not mache erfinderisch. Daher bleibt zu hoffen, dass die genannten Vorzüge der freien Marktwirtschaft genutzt werden, um zeitnah eine *grüne Wirtschaftspolitik* mit ökologischer Ausrichtung einzuleiten.

Das Konzept der *ökonomischen Sozialethik* dem Bereich der Wirtschaftsethik zuzuordnen, ergibt sich daraus, dass die freie Marktwirtschaft zwar systembedingt moralische Gerechtigkeitsprobleme aufwirft, sie dennoch dem Staat die Möglichkeit verschafft, mit einer effektiven Umverteilungspolitik dieses Manko zu korrigieren. Im deutschsprachigen Raum entspricht das Modell einer liberalen Marktwirtschaft, verknüpft mit der entsprechenden Sozialpolitik, dem Gedanken der *sozialen Marktwirtschaft*. Obwohl Konzeptionen des Wohlfahrtsstaates zugunsten der Bedürftigsten in der Gesellschaft und sozialen Absicherung längst existierten, wird die Begrifflichkeit und heutige Ausprägung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland weitgehend der *katholischen Soziallehre* und dem ehemaligen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard zugeschrieben. Entwickelt wurde das Modell jedoch vom Ökonomen Alfred Müller-Armack (1946), der es als Mischform einer freien Marktwirtschaft und sozialistischen Planwirtschaft betrachtete. Da die staatliche Umverteilung auf eine allgemeine Akzeptanz der Gewinner des Systems angewiesen ist, beruht die Thematik der ökonomischen Sozialethik und das entsprechende Verteilungskonzept der sozialen Marktwirtschaft auf den Prinzipien der *Solidarität* und *Subsidiarität* zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Dieses wirtschaftspolitische System stützt sich im Wesentlichen auf das *Vertrauen* in die *soziale Verantwortung* der Bürger und Institutionen, denn von ihnen wird erwartet, ihren Beitrag zur Realisierung eines Zustands sozialer Gerechtigkeit zu leisten.

Trotz seiner Schwächen vereint das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft die ethischen Konzepte der Leistungsgerechtigkeit mit sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der Bedürfnisgerechtigkeit. Es beruht auf den Idealen der Existenzsicherung, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die sich in unserem Konzept des Gemeinwohls vereinen [K3.9]. Dennoch ist zu beachten, dass Ideale wichtige Grundlagen schaffen, sie jedoch in letzter Instanz nur so gut wie ihre Umsetzung sind. Zusammenfassend stellt die soziale Marktwirtschaft ein Kompromissmodell dar, das auf Leistung, Gerechtigkeit und Freiheit beruht, wobei sich Kompromisse selten mit Idealvorstellungen vereinbaren lassen. Daher ist es nachvollziehbar, wenn sich Kommentatoren immer wieder mit Korrekturvorschlägen und Alternativkonzepten zu Wort melden. Im folgenden Kapitel werden wir deswegen einen kritischen Blick auf einige der aktuellsten Wirtschaftsentwicklungen und Alternativmodelle werfen. Obwohl sie sich gemeinsam vom Wettbewerb als integrale Komponente des freien Marktsystems abwenden, enthalten sie interessante Impulse für zukünftiges Wirtschaften.

Literatur

- Atkinson, Anthony B. (2015): "Inequality: What can be done", Harvard University Press; deutsche Ausgabe: " Ungleichheit: Was wir dagegen tun können", Klett-Cotta, 2016
- Frevert, Ute (2019): „Kapitalismus, Märkte und Moral“, Residenz Verlag, 2019
- Friedman, Milton (1962): "Capitalism and Freedom", University of Chicago Press; deutsche Ausgabe: "Kapitalismus und Freiheit", Piper Taschenbuch, 2004
- Lütge, Christoph (2014): „Ethik des Wettbewerbs: Über Konkurrenz und Moral“, C.H.Beck Verlag, 2014
- Müller-Armack, Alfred (1946): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, Kastell Verlag, 1990
- Rawls, John (1971): "A Theory of Justice", deutsche Ausgabe: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“, Surkamp Verlag, 1975
- Sandel, Michael J. (2020): "The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good?", Farrar, Straus and Giroux, 2020